

Amt für Geoinformation, Bodenordnung und Liegenschaften

Stellungnahme der Stadtverwaltung Erfurt zur Drucksache 0531/23

Titel der Drucksache

Antrag der Fraktion DIE LINKE. und Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN zur Drucksache 1813/22 - Abschließende Empfehlung zur "Straßenumbenennung Nettelbeckufer"

Öffentlichkeitsstatus der Stellungnahme

öffentlich

Zutreffendes bitte auswählen und im Feld Stellungnahme darauf Bezug nehmen:

- | | |
|---|-----|
| Ist die rechtliche Zulässigkeit des Antrages gegeben? | Ja. |
| Stehen personelle und sächliche Ressourcen zur Verfügung? | Ja. |
| Liegen die finanziellen Voraussetzungen vor? | Ja. |

Stellungnahme

01

Der Oberbürgermeister wird beauftragt ein Bürgerbeteiligungsforum für alle interessierten Erfurterinnen und Erfurter zur Benennung des Nettelbeckufers und zur Erarbeitung einer gleichberechtigten, möglichst konsensualen Lösung einzuberufen.

02

Für eine Ziel- und Ergebnisorientierung ist eine Moderation einzubinden.

Stellungnahme:

Grundsätzlich wäre aus Sicht der Stadtverwaltung eine konsensuale Lösung zum Umgang mit dem Straßennamen Nettelbeckufer zu begrüßen gewesen. Mit dem Beschluss des Stadtrates vom 28.04.2021 (DS0051/21 "Runder Tisch zum Nettelbeckufer") sollte die Stadtverwaltung deswegen außerhalb des politischen Raumes einen Konsens zwischen den beteiligten Akteuren moderieren. In der Folge wurde ein entsprechendes Konzept zur Einberufung eines Runden Tisches entwickelt und die Teilnehmer ausgewählt.

Mit der Entscheidung der Anwohnerinitiative, nicht mehr am "Runden Tisch Nettelbeckufer" teilzunehmen (siehe "Offener Brief - Anwohnerinitiative" - Anlage 1 zur DS1813/22), ist jedoch ein wesentlicher Pfeiler des – verwaltungsseitig bereits geplanten – Runden Tisches weggebrochen. Damit war die Umsetzung des Runden Tisches – entsprechend den Vorgaben der DS0051/21 – nicht mehr möglich. Selbst wenn der Runde Tisch wie geplant stattgefunden hätte, wäre nicht garantiert gewesen, dass ein Konsens erreicht wird. In diesem Falle hätte der Stadtrat auch einen Beschluss zum weiteren Vorgehen treffen müssen. D.h., der Stadtrat hätte sich damit positionieren müssen, ob das Nettelbeckufer umbenannt werden soll, oder eben nicht. Diese Entscheidung ist nun aus Sicht der Stadtverwaltung zu einem früheren Zeitpunkt notwendig.

Nunmehr ein modifiziertes und hinsichtlich der Adressaten erweitertes Bürgerbeteiligungsforum für alle interessierten Erfurterinnen und Erfurter einzuberufen, stellt aus Sicht der Stadtverwaltung kein geeignetes Format dar. Es birgt sogar die Gefahr, dass die Anwohnerinnen und Anwohner des Nettelbeckufers das Gefühl bekommen, dass ihr Votum bewusst ignoriert wird. Während der ursprünglich geplante Runde Tisch alle Parteien auf Augenhöhe an einen Tisch bringen sollte, ist dies nun nicht mehr das Ziel der erweiterten Plattform.

Die Aufarbeitung des Kolonialismus ist ein hehres Ziel, das debattiert werden muss. Dass der Stadtrat über die Straßenbenennung des Nettelbeckufers auf Grundlage der Erkenntnisse aus einem solchen Forum entscheiden kann und soll, wird jedoch stark angezweifelt.

Abschließend folgt noch eine kurze Ausführung, dass die Verwaltung bezweifelt, dass sich Anwohnerinnen und Anwohner an einem Bürgerbeteiligungsforum beteiligen würden:

- Nach der Entscheidung der Anwohnerinitiative nicht mehr am Runden Tisch teilzunehmen, hat diese alle Anwohner des Nettelbeckufers mit dem "Offenen Brief" informiert. Im Anschluss daran haben keine weiteren Anwohnerinnen und Anwohner ihr Interesse an einem Runden Tisch bekundet. Es wird daher davon ausgegangen, dass die Anwohnerinnen und Anwohner des Nettelbeckufers dem "Offen Brief" umfänglich zustimmen und die "Nicht-Reaktion" der Anwohner ebenso als ein demokratisches Statement in der Debatte zu würdigen ist.
- Die Bewerberzahl, welche nach dem Aufruf zur Teilnahme am "Runden Tisch Nettelbeckufer" (siehe Amtsblatt vom 15.10.2021), der Verwaltung vorliegen (zwölf Bewerber – neun Ablehner [hiervon zählten fünf zu Anwohnern und vier zu Nicht-Anwohnern] sowie sechs Befürworter [drei plus die bekannten Initiativen], spiegeln das geringe Interesse der Bevölkerung wider, hier ein entsprechendes Diskussionsforum zu schaffen.

Aus den genannten Gründen empfiehlt die Verwaltung, die Drucksache nicht zu beschließen.

Änderung des/der Beschlusspunkte aus Sicht der Stadtverwaltung:

Anlagenverzeichnis

gez. Dr. T. Stefani
Unterschrift Amtsleitung

06.03.2023
Datum